



20. Wahlperiode

# HESSISCHER LANDTAG

21103/23 SK

2113/23/L  
Drucksache 20/

10830

21.03.2023

~~Plenum~~  
~~Plenum~~

## Dringlicher Antrag Fraktion der AfD

### Freiwilliges Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Afghanistan stoppen

PZ

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag erkennt an, dass die Kommunen, Städte und Landkreise des Landes Hessen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten zur Bewältigung der Migrationskrise sowie ihrer Folgen an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es nicht weiter zu unkontrollierter Massenmigration nach Deutschland und Hessen kommen darf. Vor diesem Hintergrund setzt sich die Hessische Landesregierung dafür ein, dass falsche Zuwanderungsanreize mitsamt der daraus resultierenden „Pull-Faktoren“ beseitigt bzw. nicht geschaffen werden. Nur so kann eine dauerhafte unkontrollierte Massenzuwanderung nach Deutschland und Hessen wirksam unterbunden werden.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung daher auf, die Vorbereitungen für das von Ministerpräsident Boris Rhein angekündigte freiwillige „Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Afghanistan“ sowie etwaige weitere in Planung befindliche Programme zu beenden und deren Umsetzung zu stoppen.

#### Begründung:

Es ist erschreckend, wie in der aktuellen Flüchtlingskrise die Kommunen, Städte und Landkreise durch die Hessische Landesregierung im Wege einer immer weiter fortschreitenden Flüchtlingszuweisung über die Grenzen ihrer Aufnahmekapazitäten hinaus belastet werden. Laut Ministerpräsident Boris Rhein haben mittlerweile fast alle Landkreise des Landes Hessen ihm und dem Bundeskanzler einen Brief geschrieben. In diesen Briefen wird ausgeführt, dass man durch den größten Flüchtlingszustrom seit 2016 an die Grenzen dessen komme, was man zu leisten im Stande sei und dadurch ein immenser Druck vor Ort entstände.

In einer solchen Krisensituation sind freiwillige Landesaufnahmeprogramme der Hessische Landesregierung nicht vertretbar. Das Landesaufnahmeprogramm „Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Afghanistan“ muss daher umgehend gestoppt werden.

Wiesbaden, 21.03.2023

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**

EA 22 03 2023